

Dietfried Scherer

Selektive Wahrnehmung

Zum Verhältnis der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) zu den freien Schulen



In letzter Zeit hat sich die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) mehrfach zu den Freien Schulen geäußert. So erschien im Oktober 2010 in der gewerkschaftseigenen Zeitung „Bildung und Wissenschaft“ ein Artikel im Vorfeld der Landtagswahl. In diesem Artikel werden völlig undifferenziert eine Reihe von Themen angesprochen und Sachverhalte kritisiert, die als Charakteristika der freien Schulen dargestellt werden. Dabei ist es inhaltlich und journalistisch unseriös, dass in diesem Artikel mit keiner Silbe deutlich wird, dass die angeprangerten oder unterstellten Missstände beim größten Anbieter freier Schulen, nämlich den Kirchen, kein Thema sind. Auf diese Weise wird mit sehr populistischem Einschlag eine unterschwellige Stimmung gegen alle freien Schulen erzeugt.

Einige Beispiele:

Es wird behauptet, dass die steuerrechtliche Anerkennung der Gemeinnützigkeit freier Schulen kein geeignetes Instrument sei, um den Rückfluss von öffentlichen Geldern durch erwirtschaftete Gewinne in einzelne Schulen zu garantieren. Fakt ist, dass alle Schulen der Schulstiftung Zuschussbetriebe sind und dass selbst bei der angezielten und noch lange nicht verwirklichten staatlichen 80 %-Refinanzierung für die laufenden Kosten 20 % beim Träger und den Eltern verbleiben. Es ist völlig illusorisch, dass eine Schule der Schulstiftung Gewinn erzielt!

Die GEW fordert weiter, geeignete Instrumente zu entwickeln, die gewährleisten, dass diese staatlichen Zuschüsse nicht in andere Bundesländer fließen und nicht für andere Zwecke verwendet werden können. Auch diese unterstellte Option entbehrt jeglicher Grundlage!

Die GEW fordert, dass privaten Schulen eine Genehmigung nur dann erteilt werden dürfe, wenn der Träger die tariflichen Regelungen des öffentlichen Dienstes anwendet oder einen Tarifvertrag mit einer Gewerkschaft geschlossen hat, der den tariflichen Regelungen des öffentlichen Dienstes im wesentlichen gleich kommt. Abgesehen von der Tatsache, dass dies für alle Beschäftigten der Schulstiftung verwirklicht ist, insinuiert eine solche Forderung, Lehrkräfte würden an den freien Schulen in prekären Verhältnissen gehalten.

Außerdem möchte die GEW in die Freiheit der Vertragsgestaltung eingreifen und über eine Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes weitreichende Änderungen umsetzen. Dass hier im kirchlichen Bereich in bewährter Weise der „dritte Weg“¹⁾ zum Selbstverständnis des kirchlichen Dienstes gehört, wird dabei völlig ausgeblendet.

Die GEW setzt sich für das öffentliche Schulwesen ein und fordert eine finanzielle und personelle Ausstattung, die – und das ist die Zielrichtung! – freie Schulen „unnötig“ macht.

Geradezu kabarettistisch mutet die letzte Forderung der GEW an, das Prüfungswesen an den privaten Ersatzschulen so zu organisieren, dass Beschäftigte an öffentlichen Schulen nicht zusätzlich belastet werden (Entschädigung für Zweit- und Drittkorrekturen sowie angemessener Zeitausgleich bei Schulfremdenprüfungen etc). Alle Schulen der Schulstiftung sind in das staatliche Prüfungswesen eingebunden und erbringen Prüfungsleistungen für staatliche Schulen, die selbstverständlich ebenso wenig zusätzlich honoriert werden wie die Prüfungsleistungen der staatlichen Schulen an den Schulen der Schulstiftung.

Nach der Veröffentlichung dieses Artikels hat die Arbeitsgemeinschaft freier Schulen (AGFS) in Baden-Württemberg das Gespräch mit der GEW und ihrer Vorsitzenden Doro Moritz gesucht und dabei die konkrete Situation des freien Schulwesens in Baden-Württemberg sowie die Grundausrichtung der Arbeitsgemeinschaft Freier Schulen ausführlich vermittelt. Die Arbeitsgemeinschaft Freier Schulen hat darum gebeten, künftig keine pauschalen Aussagen zum freien Schulwesen zu treffen, sondern sachgerecht zu differenzieren. Es kann nicht sein, dass einzelne wenige schwarze Schafe als Paradigma für das freie Schulwesen an sich herangezogen werden.

Trotz eines seinerzeitigen konstruktiven Gesprächsverlaufs mit der GEW muss nun leider festgestellt werden, dass im Vorwort zu einem neuerlich von der GEW in Auftrag gegebenem Rechtsgutachten (Prof. Dr. Hermann Avenarius) erneut die pauschal ablehnende Haltung der GEW zu freien Schulen zum Ausdruck kommt. Zitat aus dem Vorwort: „Der Wettbewerb soll gesteuert werden durch freie Schulwahl

¹ Gestaltung der Arbeitsvertragsrichtlinien und Vergütung im Einvernehmen durch paritätisch besetzte Kommissionen von Dienstgebern und Dienstnehmern.

und durch dem einzelnen Schüler zugeordnete Bildungsgutscheine zur Vollfinanzierung der Schulen in privater Trägerschaft. Die GEW beobachtet diese Entwicklung mit Sorge“, und wenig später heißt es: „Privatschulen sind durch das Grundgesetz garantiert, es macht deshalb wenig Sinn, sie grundsätzlich bekämpfen zu wollen“. Man bekämpft sie also lieber durch verallgemeinernde Diffamierung, die inhaltlich nicht gedeckt ist!

Ungeachtet all dieser Einzelfragen wird die erwiesene Funktion der freien Schulen als Motor für Schulentwicklung negiert.

Es mutet seltsam an, wenn die GEW für gerechte Arbeitsbedingungen zu Felde zieht und dabei geflissentlich übersieht, dass der größte Anbieter freier Schulen, die Schulstiftung der Erzdiözese Freiburg, identische Arbeitsbedingungen wie das Land Baden-Württemberg bietet. Damit diskreditiert die GEW den Arbeitsplatz von GEW-Mitgliedern an diesen freien Schulen.

Verhängnisvoll daran ist, dass durch diese Stellungnahmen der GEW in der Öffentlichkeit ein Bild entstehen muss, dass von völlig falschen Voraussetzungen ausgeht.

Die freien Schulen fordern die GEW deshalb auf, zu einer sachgerechten, fairen und differenzierten Darstellung der Sachverhalte beizutragen und auf unangemessene Pauschalierungen zu verzichten.

Im Interesse der politischen Rahmenbedingungen an freien Schulen und der öffentlichen Wahrnehmung bleibt nur zu hoffen, dass GEW-Mitglieder an freien Schulen auf die Meinungsbildung innerhalb der GEW zu diesem Thema sachgerecht Einfluss nehmen oder aber, wenn sie in dieser Angelegenheit von der Gewerkschaft nicht nur nicht vertreten, sondern diskreditiert werden, die Konsequenzen ziehen.

Katholische Schulen in freier Trägerschaft in Deutschland

(ohne Schulen des Gesundheitswesens)

Schuljahr 2009/10

Schulart	Anzahl Schulen	Anzahl Schüler/-innen					Anzahl Lehrer/-innen
		Gesamt	Männlich	%	Weiblich	%	
<i>I. Allgemeinbildende Schulen</i>	674	327.556	118.823	36,3%	208.733	63,7%	26.436
Grundschule	77	18.918	9.491	50,2%	9.427	49,8%	1.268
Hauptschule	24	6.059	3.328	54,9%	2.731	45,1%	528
Schulart mit mehreren Bildungsgängen	25	12.316	6.434	52,2%	5.882	47,8%	1.111
Realschule	144	77.106	17.806	23,1%	59.300	76,9%	5.073
Gymnasium	215	183.305	64.387	35,1%	118.918	64,9%	13.421
Gesamtschule	9	7.672	3.071	40,0%	4.601	60,0%	629
Förderschule	150	18.847	12.545	66,6%	6.302	33,4%	4.000
Abendschule/Kolleg	24	2.906	1.486	51,1%	1.420	48,9%	372
Krankenhausschule	6	427	275	64,4%	152	35,6%	34
<i>II. Berufsbildende Schulen</i>	216	42.456	12.492	29,4%	29.964	70,6%	4.435
Berufs-/Berufsfachschule/ FOS/Fachgymn.	146	35.233	11.553	32,8%	23.680	67,2%	3.317
Fachschule/Fachakademie	70	7.223	939	13,0%	6.284	87,0%	1.118
Ohne Schulart-Zuordnung	18	1.752	1.072	61,2%	680	38,8%	215
Summe	908	371.764	132.387	35,6%	239.377	64,4%	31.086